

MAGAZIN

Klaus Ness

Zwischen Lenin und
Hochgeschwindigkeit

Thomas Kralinski

It's still the economy, stupid!

Jürgen Kocka & Wolfgang Merkel

Kapitalismus und Demokratie

DAS STRASSENSCHILD

Hannelore Mühlenhaupt

über **Kurt Mühlenhaupt**
Ein pralles Leben

SCHWERPUNKT

INTELLIGENT WIRTSCHAFTEN

**Die Zukunft der Industrie
in Deutschland**

Dietmar Woidke

Sicher, bezahlbar und europäisch

Detlef Wetze

Mehr Investitionen für
mehr Wohlstand

Manfred Güllner

Energiewende ohne Ende?

Günter Baaske

Auf die Fachkräfte kommt es an

Ulrich Berger

Wir sind keine Insel

Hendrik Fischer

Gestärkte Stärken

SICHER, BEZAHLBAR UND EUROPÄISCH

WIE DIE ENERGIEWENDE ZUM ERFOLG
WERDEN KANN — VON DIETMAR WOIDKE

I. Wir in Brandenburg blicken zurück auf schwierige Aufbaujahre, die für sehr viele Menschen geprägt waren durch Hoffnungslosigkeit und fehlende Perspektiven. Mittlerweile liegt diese Zeit hinter uns. Die Arbeitslosigkeit im Land hat sich mehr als halbiert, viele Tausende neuer Arbeitsplätze sind entstanden. Brandenburg 2014, das ist ein erfolgreiches Land mit Lebensqualität und Lebenschancen für mehr Menschen als jemals zuvor.

Energie betrifft uns alle

Die Aufgabe der nächsten Jahre ist es, das Erreichte zu bewahren und zukünftig noch mehr Menschen ein gutes und sicheres Leben in unserem Land zu ermöglichen. Das Fundament jeder positiven Entwicklung unseres Landes bleibt eine positive Wirtschaftsentwicklung. Es gilt die Faustregel: Ohne wettbewerbsfähige Wirtschaft keine Arbeit, keine Wertschöpfung, kein Wohlstand, kein tatkräftiger Sozialstaat, keine Per-

spektiven für unsere Kinder und Enkel. Es geht darum, die ökonomische Basis unseres Landes mit Augenmaß, Vernunft und Verantwortung weiter zu stärken.

II. Genau hier kommen nun Energie und Energiepolitik ins Spiel. Ohne Energie gibt es keine Ökonomie. Energiepolitik ist daher immer zugleich Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Wie sich unser Land weiter entwickeln wird, hängt entscheidend davon ab, welchen energiepolitischen Kurs wir heute einschlagen.

Darum kommt der Energiewende eine absolute Schlüsselstellung zu: Stellen wir die Weichen richtig, dann sichern wir auf lange Zeit hinaus die Grundlagen unseres Gemeinwesens. Stellen wir die Weichen aber grundlegend falsch, dann werden wir unter den Folgen unserer Irrtümer noch in Jahrzehnten zu leiden haben.

Konkret: **Entscheiden wir** uns heute **für** eine Form von **Energiewende**, die die Kosten industrieller Wertschöpfung hier

bei uns im Land unverantwortlich in die Höhe treibt und damit Arbeitsplätze und sozialen Frieden gefährdet, dann leisten wir für die Akzeptanz von Umwelt- und Klimaschutz ganz sicher keinen Beitrag.

Deshalb war und ist die aktuelle Diskussion über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mehr als eine Debatte unter Fachleuten. Sie betrifft uns alle. Sie betrifft im Kern die Zukunft unseres Landes.

Brennglas Brandenburg

Brandenburg hat großes Interesse daran, dass die Energiewende gelingt. Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie muss unumkehrbar sein. Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Zu diesem Ziel hat sich Brandenburg bereits mit seiner *Energiestrategie 2030* bekannt.

Wir in Brandenburg wissen sehr genau, was daraus konkret folgt. Wir sind dasjenige Land in Deutschland, das inzwischen die größten Erfahrungen darin besitzt, wie Energiewende geht: Welche Vorteile damit verbunden sind. Welche Rückschläge man erleiden kann. Aber auch: Welche Konflikte man auf diesem Weg austragen und aushalten muss.

Hier bei uns in Brandenburg läuft die bundesdeutsche Energiewende mit all ihren Zielkonflikten wie unter einem Brennglas ab:

- > Wir sind das Bundesland, das dreimal hintereinander den „Leitstern Erneuerbare Energien“ erhalten hat.
- > Wir sind zugleich ein Bundesland, in dem – quer durch die Uckermark – 380 KV-Leitungen neu gebaut werden müssen.
- > Wir sind ein Bundesland, in dem die Braunkohle tiefe Eingriffe in das Leben der Menschen nach sich zieht und Kohlekraftwerke jährlich Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen.
- > Wir sind aber zugleich ein Bundesland, in dem eben diese Braunkohle maßgeblich zur Sicherheit und Bezahlbarkeit der deutschen Energieversorgung beiträgt und tausende von Arbeitsplätzen sichert.

III. Mit unseren Erfahrungen sind wir manchen anderen voraus. In Brandenburg gab es bis Ende 2012 bereits 3.135 Windkraftanlagen. 2013 sind weitere 79 hinzugekommen. In Baden-Württemberg waren bis Ende 2012 gerade einmal 382 Windkraftanlagen installiert. Und 2013 sind dort neun (!) neue hinzugekommen.

Eine der wichtigsten Erfahrungen, die wir gemacht haben, lautet: Energiewende geht nur *mit* den Menschen. Nicht ohne sie und nicht gegen sie. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz gibt es keine Energiewende. Das heißt natürlich zunächst mal: Reden! Reden! Reden! Wer den Sinn der Energiewende, die mit ihr

verbundenen Entscheidungen und Belastungen nicht nachvollziehen kann, der wird die Energiewende auch nicht bereitwillig mittragen.

Was aber auch klar ist: Wie viel Akzeptanz die Energiewende findet, das hängt auch von den Kosten ab, die jeder und jede Einzelne tragen muss – ob als privater Haushalt oder als Unternehmen.

In dieser Debatte brauchen wir *erstens* dringend mehr Ehrlichkeit. Und *zweitens* müssen wir unbedingt Maßnahmen verabreden, die mindestens zu einer Dämpfung des Kostenanstiegs beitragen. Denn in der Tat: Die Kosten sind inzwischen immens hoch. Allein über die EEG-Umlage werden pro Jahr etwa 20 Milliarden Euro bewegt. Da die garantierten Zahlungen für 20 Jahre gelten, kann man sich leicht das ungefähre Gesamtvolumen ausrechnen.

Wer bezahlt die Energiewende?

Als Ministerpräsident einer Landesregierung, die mit Nachdruck für soziale Gerechtigkeit und Fairness steht, weise ich ständig auf noch eine weitere Frage hin: Wer eigentlich muss die Summen für die EEG-Umlage aufbringen? Und wohin fließen diese Mittel?

Tatsächlich ist mit dem bisherigen EEG auch eine beispiellose soziale Umverteilung von unten nach oben verbunden. Oder glaubt jemand, es wären vor allem Arbeiter und kleine Angestellte,

Rentner und Hartz-IV-Empfänger, die einträglich in Solarkraftwerke und große Windparks investieren? Die unbequeme Wahrheit lautet: Alle diese Menschen finanzieren über ihre Stromrechnung die Gewinne von Leuten mit, die sich Solar-dächer leisten können.

Die Steuerung fehlt

Brandenburg steht aber vor allem auch für Vernunft, Verantwortung und Augenmaß. Darum sind verbindliche Ausbaupfade für die erneuerbaren Energien noch aus einem weiteren Grund richtig. Es ergibt schlicht keinen Sinn, ungebremst weitere Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energie zu bauen und sich daran zu berauschen, dass inzwischen knapp 40 Prozent der installierten Leistung zur Stromerzeugung auf Wind- und Solaranlagen entfallen. Der Anteil dieser Anlagen an der tatsächlichen Stromerzeugung beträgt nämlich gerade einmal 14 Prozent.

Und bei diesen rechnerischen 14 Prozent muss berücksichtigt werden, dass Solaranlagen bekanntermaßen nachts gar keinen Strom produzieren, dass es also stundenlange Zeiträume gibt, in denen der Beitrag der Solaranlagen genau 0 Prozent beträgt. Ähnliches gilt für Windkraftanlagen, die ja nur dann Strom liefern, wenn der Wind weht. Bei Dunkelheit und Windstille müssen also andere Anlagen einspringen.

Entscheidend ist deshalb, dass wir uns in Deutschland viel stärker als bisher damit beschäftigen, wie wir die Erneuerbaren in das bestehende System integrieren können. **Das Anreizsystem darf nicht mehr allein auf weiteren Zubau ausgerichtet sein,** sondern muss endlich dahin steuern, dass die Erneuerbaren zunehmend verlässlich Energie liefern.

Das bedeutet: Wenn die Energiewende gelingen soll, dann müssen die regenerativen Energien grundlastfähig werden. Dafür brauchen wir gut ausgebaute und klug geplante Netze. Dafür brauchen wir vor allem aber auch Technologien, mit denen sich der aus Wind oder Sonne gewonnene Strom speichern lässt.

Ohne Speicher geht es nicht

Wenn es nämlich mit der Grundlastfähigkeit von Sonnen- und Windenergie nicht klappt, dann werden wir auf **alle Zeiten einen parallelen konventionellen Kraftwerkspark brauchen und finanzieren müssen,** der immer dann einspringt, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht.

Von diesen technischen Möglichkeiten sind wir aber noch meilenweit entfernt. Matthias Kurth, der ehemalige Chef der Bundesnetzagentur, hat das Problem präzise auf den Punkt gebracht: „Viele denken bei Debatten um Spei-

cherlösungen, dass manches, was vielleicht in 40 Jahren geht, bei gutem Willen schon am Freitag nächster Woche funktionieren könnte. ... **Wenn unsere derzeitigen Speicher das Volumen eines Wasserglases haben, würden wir die Wassermenge des Bodensees benötigen,** um daraus eine dauerhafte Stromversorgung über mehrere Wochen garantieren zu können, wenn Windstille herrscht und keine Sonne scheint.“ Die Fragen der Systemintegration und Speicherkapazität sind schlichtweg entscheidend für Erfolg oder Scheitern der Energiewende.

IV. Ein weiterer zentraler Punkt für das Gelingen der Energiewende wird der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie sein. In den vergangenen Monaten habe ich eine Vielzahl Brandenburger Unternehmen besucht: Arcelor Mittal in Eisenhüttenstadt, MTU und Mercedes in Ludwigsfelde, Rolls-Royce in Dahlewitz, aber auch LEIPA in Schwedt, die Möbelwerke in Meyenburg und die Märkische Faser in Premnitz.

Bei allen Besuchen war die Sorge um die Entwicklung der Energiepreise ein zentrales Thema. Wenn die Kosten der Energiewende weiter steigen, dann verhindern sie kurzfristig Investitionen und stellen langfristig unsere Wettbewerbsfähigkeit in Frage.

Im Klartext: Gefährdet sind dann Standorte, Arbeitsplätze und der soziale

Frieden – auch bei uns in Brandenburg. Das dürfen wir nicht zulassen. Deshalb brauchen wir auch europarechtskonforme Ausgleichsregelungen für unsere Industrie.

Ich hatte bei der Diskussion der vergangenen Wochen allerdings den Eindruck, dass bei den Ausgleichsregelungen nicht alle immer mit offenen Karten gespielt haben. Da behaupteten etwa die Grünen monatelang, Golfplätze wären von der EEG-Umlage befreit. Völliger Unsinn, wie ein Blick in die Liste der befreiten Unternehmen zeigt. Oder es wurde behauptet, der Strompreis könne fast dramatisch sinken, wenn die Industrie keine Erleichterungen mehr erhält. Richtig ist, dass der Wegfall aller Erleichterungen ganze 1,5 Cent Reduzierung bei der EEG-Umlage nach sich ziehen würde. Bei einem durchschnittlichen Strompreis von derzeit 29 Cent pro Kilowattstunde, sind die Reduzierungen also sehr überschaubar.

Industrie braucht Unterstützung

Zum anderen: Welche Unternehmen würde das denn betreffen? Und wollen wir deren Wettbewerbsfähigkeit wirklich schwächen? Wo wollen wir anfangen? Bei CEMEX in Rüdersdorf, bei der Holzbearbeitung Bralitz in Bad Freienwalde oder doch lieber bei Verbio oder LEIPA in Schwedt?

Worauf ich hinaus will: Der ganz überwiegende Teil der befreiten Unternehmen steht völlig zu Recht auf der Liste und es ist ein politischer Erfolg, dass dies auch in Zukunft weitgehend so bleiben wird. Unser Maßstab war und ist der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und damit auch der Erhalt gut bezahlter Arbeitsplätze in Brandenburg.

V Die Energiewende wird nur dann funktionieren, wenn sie europäisch gedacht und europäisch gemacht wird. Die besten Solarstandorte liegen nun einmal im Süden. Und Windkraftanlagen lassen sich auch nicht überall gleich wirtschaftlich betreiben. **Schon heute hätte Brandenburg ohne den Umweg über Polen und Tschechien große Probleme, den Windstrom aus der Uckermark abzuleiten.**

Wir schaffen es also nur gemeinsam. Und das gilt erst recht für uns in Deutschland. Denn im Moment schaffen wir es scheinbar nicht einmal in unserer föderalen Republik, enge Länderinteressen zurückzustellen und an das gemeinsame Ganze zu denken.

Bayern ist da ein besonderes Beispiel. Da geht es etwa um die geplante Stromtrasse zwischen Bad Lauchstädt und Meitingen, die vor allem Windstrom aus Ostdeutschland nach Westdeutschland transportieren soll. Dieser so genannte Korridor D ist Bestandteil der Bundes-

netzplanung, so wie diese – mit Zustimmung Bayerns – beschlossen wurde.

Dann aber erklärt plötzlich der bayerische Ministerpräsident, den Netzausbau wolle er nun nicht mehr. Horst Seehofers Begründung: Er wüschte in Bayern keinen Braunkohlestrom. Richtig ist: **Der Korridor D wird gebraucht um Windstrom abzuleiten und durch den Einsatz ostdeutscher Braunkohlekraftwerke auch in Bayern Versorgungssicherheit zu gewährleisten.** Wenn Korridor D nicht kommt, dann müssen nach Abschaltung der verbleibenden Atomkraftwerke in Bayern zwingend neue konventionelle Kraftwerke zugebaut werden.

Heimische Energieträger erhalten

Und genau das will Herr Seehofer: Neue Gaskraftwerke, finanziert aus öffentlichen Mitteln oder über die Netzzumlage gefördert und mit Abnahmegarantie für mindestens 20 Jahre. Den Nutzen davon hätte allein Bayern. Bezahlen sollen das aber alle Verbraucher in Deutschland. Und in die Röhre gucken würden alle, die in Nord- und Ostdeutschland erneuerbare Energie produzieren. Doch so wird es nichts mit der Energiewende in Deutschland!

Damit mit Blick auf die Gaskraftwerke kein falscher Eindruck entsteht: Natürlich müssen wir uns Gedanken machen, wie Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann, wenn alle

Kernkraftwerke abgeschaltet sein werden. Genau dafür brauchen wir stärker europäische Lösungen. Dass wir Kraftwerke brauchen, die flexibel und umweltverträglich sind, ist Allgemeingut. Ob dies aber immer Gaskraftwerke sein müssen, daran habe ich meine Zweifel.

Mehr Gaskraftwerke bedeuten größere Importabhängigkeit. Wir sehen gegenwärtig mit Blick auf Russland und die Ukraine, dass Importabhängigkeit durchaus Probleme bedeuten kann. Vor allem dann, wenn die Abhängigkeit zu Erpressbarkeit führt. Wir in Deutschland dürfen nicht in eine Lage geraten, in der wir uns nicht mehr selbst helfen können.

Es zeugt also nicht von strategischer Weitsicht, unseren heimischen Energieträger Braunkohle für obsolet zu erklären. Natürlich sind die Eingriffe der Tagebaue in Landschaften und Lebensräume immens. Natürlich ist der Schadstoffausstoß gerade älterer Kraftwerke zu hoch.

Mit Vernunft und Verantwortung

Zugleich aber ist die Braunkohle bis auf weiteres der einzige grundlastfähige Energieträger, den wir in Deutschland in großen Reserven besitzen. Hier – und nur hier – sind wir unabhängig von Weltmarktpreisen oder geopolitischen Großwetterlagen.

Deshalb warne ich davor, die Verstromung der Braunkohle als vorgestrig zu

verdammen. Es könnte sein, dass sich der Abschied von der Braunkohle volkswirtschaftlich und gesellschaftlich als teurer Irrweg erweisen würde. Dieses Risiko können wir nicht eingehen.

Den Erfolg der Energiewende werden wir erleben, wenn diese mit Vernunft, Augenmaß und Verantwortung vorangetrieben wird, wenn wir Systemintegration und Speicherfähigkeiten stärker betonen und wenn wir kleinteilige Länderinteressen zurückstellen und Energiepolitik europäisch denken. ■

DR. DIETMAR WOIDKE

ist Ministerpräsident des Landes
Brandenburg und Landesvorsitzender
der SPD.
